Calwer Tagblatt

Nr. 2 — Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. — 93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mk., Familienanzeigen 80 Mk., Reklamen 150 Mk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Mittwoch, den 3. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 600 Mk. monatlich. Postbezugspreis 639 Mk. mit Bestellgeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Pariser Konferenz der Alliierten über die Fragen der von Deutschland zu fordernden Reparationsleistungen und der Rückzahlung der Kriegsschulden der Alliierten untereinander hat gestern begonnen.

*

Havas veröffentlicht schon das französische Programm, das mit den lügnerischen Beschuldigungen Deutschlands inbezug auf die Veranwortung für den Krieg und hinsichtlich seiner Reparationsleistungen beginnt, und dann die üblichen Garantieen für einen Zahlungsaufschub verlangt, weiterhin die Herabsetzung der deutschen Schuld nur gegen Streichung der französischen Schulden an die Alliierten zulassen will.

*

Von englischer Seite wird bekannt gegeben, daß der Plan Bonar Laws einen Zahlungsaufschub und Herabsetzung der deutschen Schuld nach Maßgabe der deutschen Zahlungsfähigkeit vorsieht, und daß man als Sicherheit sich mit dem französischen Vorschlag der Beschlagnahme der Zölle einverstanden erklären würde. Selbstverständlich wird darauf von französischer Seite jetzt schon erklärt, daß der englische Plan unzureichend ist, während andererseits die englische Presse die französischen Forderungen als Verhandlungsgrundlage anerkennt. Es wird also wieder auf ein Nachgeben Englands hinauslaufen. Wie üblich wollen sich auch die Amerikaner nicht „aufdrängen", sodaß wir also dem französischen Druck allein schutzlos gegenüber stehen.

*

Die deutsche Regierung hat nun darum nachgesucht, daß man dem deutschen Vertreter, Staatssekretär a. D. Bergmann, der schon in Paris angekommen ist, Gelegenheit gebe, die neuen deutschen Vorschläge persönlich vorzutragen. Es wurde dabei besonders betont, daß diese Vorschläge von der Zustimmung des Handels, der Industrie und der Finanzwelt Deutschlands getragen seien. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt.

*

Dagegen hat Havas zu einer Erklärung des deutschen Reichskanzlers Stellung genommen, der anläßlich einer Rede in Hamburg mitgeteilt hatte, daß wir Frankreich einen militärischen Sicherungsvorschlag auf ein Menschenalter hinaus gemacht hätten, der jedoch abgelehnt worden sei. Havas hat nun dazu erklärt, daß dieser Vorschlag wohl Amerika gemacht worden, aber von der amerikanischen Regierung nicht weitergeleitet worden sei, weil er nicht den Charakter eines ausgearbeiteten Vertrags getragen habe. Im übrigen glaubt Havas, daß die vom Völkerbund vorgesehenen Schlichtungsverfahren dieselben Sicherheiten bieten.

*

Wenn die Gerüchte sich bestätigen, daß in Mossul, dem mesopotamischen Erdölgebiet ein Aufstand ausgebrochen ist, der zweifellos die Vertreibung der Engländer zum Ziel hat, so könnte das zu den ernstesten Komplikationen in der Orientfrage führen, deren Behandlung zudem auf ein totes Gleis geraten zu sein scheint.

Das Reparationsproblem.

Die Pariser Vorkonferenz.

Die erste Sitzung.

Paris, 2. Jan. Die erste Sitzung der interalliierten Konferenz, die um 2 Uhr eröffnet wurde, war bereits um 4.15 Uhr zu Ende. Im Verlaufe der Sitzung wurden der französische, der englische und der italienische Plan von Poincare, Bonar Law und della Toretta entwickelt. Diese drei Pläne werden im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden. Die nächste Sitzung der Konferenz ist auf morgen nachmittag 3 Uhr anberaumt worden. Um ein gründliches Studium der verschiedenen vorgebrachten Thesen zu ermöglichen, ist es nach Havas nicht ausgeschlossen, daß eine Sachverständigenberatung bereits morgen vormittag das Studium der vorgebrachten Pläne beginnen wird.

Das französische Programm.

Paris, 3. Jan. Havas veröffentlicht den Wortlaut des von Poincaré gestern nachmittag vorgelegten Programms, worin es heißt: So grausam auch Frankreich durch den Krieg geprüft worden sei, werde es sich doch nicht gleichgültig stellen gegenüber dem, was die Wiedererhebung irgend einer derjenigen Nationen anlange, die heute unter der allgemeinen Krise litten. Erst vorgestern habe es in der österreichischen Frage eine eklatante Probe von seinem Solidaritätsempfinden abgelegt. Es sei von dem lebhaften Wunsche beseelt, in engem Einvernehmen mit den Alliierten an der Befestigung des Friedens durch Ausführung der Verträge und an dem Wiederaufbau aller Länder zu arbeiten, die durch die Ereignisse der letzten Jahre in ihrer Lebenskraft getroffen worden seien. Indessen könne Frankreich nicht vergessen, daß Deutschland es sei, das ihm den Krieg erklärt, in die französischen Departements eingedrungen und sie planmäßig verwüstet habe. Frankreich sei der Ansicht, daß die von dem Versailler Vertrag angeordnete restlose Wiedergutmachung dieser Schäden ein Werk elementarer Gerechtigkeit sei. Es sei auch überzeugt, daß diese Wiedergutmachung die unerläßliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der französischen Finanzen und die einzig logische Voraussetzung für einen Wiederaufbau Europas sei. In diesem Sinne unterbreite Frankreich seinen Alliierten das Arbeitsprogramm, das die französische Regierung zu begründen einzeln näher darzulegen und vor der Konferenz zu entwickeln gedenke. Es enthalte 1. den Versuch einer Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden, 2. die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen, 3. sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pfänder, deren Beschlagnahmung durch die französische Regierung sowohl um die während der Dauer des Moratoriums noch zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch um einem späteren Versagen Deutschlands vorzubeugen. Deutschland habe verlangt, 1. eine Herabsetzung seiner Reparationsschuld, 2. die Festsetzung dieser Schuld nach Maßgabe seiner etwaigen Budgetüberschüsse. Die letzte Forderung sei offensichtlich unangängig. Die Budgetüberschüsse Deutschlands seien zu abhängig von seiner Politik und von seinem guten Willen. Die Erfahrungen der Vergangenheit könnten nicht das mindeste Vertrauen in die Zukunft einflößen. Die französische Regierung erinnere in besonderer Note ihre Alliierten an die unzähligen Verfehlungen, die Deutschland in den letzten Monaten begangen habe. Sie seien bezeichnend und könnten den Franzosen keinerlei Illusion lassen. Die französische Regierung erkläre, daß sie nicht geneigt sei, irgend eine Herabsetzung ihres Anteils an den Zahlungen zu akzeptieren, die Deutschland auf Grund des Zahlungsstatuts schuldig sei. Dieser Anteil sei ja heute schon nicht genügend, um die Pensionslasten und den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete zu decken. Eine Herabsetzung der deutschen Schuld könne also von der französischen Regierung nur dann in Betracht gezogen werden, wenn gewisse Interessen ihrer Alliierten eine etwaige Herabsetzung oder anderweitige Regelung ihrer Forderungen an Deutschland durch Abänderung ihrer Anteilsätze und die Gewährung einer Priorität für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete zugestanden. Es sei nicht Sache Frankreichs, in diesem Punkt der Disposition der übrigen Gläubiger Deutschlands vorzugreifen. Ein offizielles Dokument der englischen Regierung habe jedoch vernehmen lassen, daß diese geneigt sei, ihre Forderungen an Deutschland unter gewissen Bedingungen, die die Frage der interalliierten Schulden betreffen, aufzuheben oder herabzusetzen.

Die französische Regierung glaube, ihren Standpunkt in dieser Beziehung genau darlegen zu müssen. Sie komme nicht weiter auf den Ursprung und die Bedeutung dieser Schulden zu sprechen. Sie denke nicht daran, ins Gedächtnis zu rufen, daß die interalliierten Schulden im Interesse des gemeinsamen Sieges eingegangen worden seien, daß sie Kriegskosten darstellen und ihnen entsprechend den durch Artikel 231 und 232 des Versailler Vertrags aufgestellten Grundsätzen die Reparationsforderungen vorangehen müßten. Die französische Regierung könne weder der Billigkeit halber noch faktisch Kapital oder Zinsen dieser Schulden bezahlen, solange sie nicht zum allermindesten durch deutsche Zahlungen für die bereits gemachten und noch zu machenden Ausgaben für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gedeckt sei. Und diese Ausgaben entsprächen annähernd dem französischen Anteil an den Obligationen A und B. Wenn gewisse Gläubiger Frankreichs geneigt seien, sich diesem Modus anzuschließen, so wäre die französische Regierung bereit, ihnen von ihrem Anteil an den Obligationen C schon heute ein Nominalkapital in Höhe des Nominalbetrags ihrer Schulden zu geben. Die französische Regierung erkläre sich bereit, die Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen in Zahlung erhalte, zu annullieren, wenn dieser Modus von den anderen Staaten akzeptiert würde nud wenn diejenigen unter ihnen, die Gläubiger seien, gleichfalls sich entschlössen, die Obligationen C, die ihnen übergeben würden, zu annullieren. (Der Schluß des Programms ist uns noch nicht zugegangen.)

Havas über den französischen Standpunkt.

Paris, 2. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der Agence Havas glaubt, daß der französische Standpunkt in der Reparationsfrage aller Wahrscheinlichkeit nach sich nicht sehr von folgenden Grundlinien entfernen wird: Deutschland wird ein **beschränktes Moratorium auf zwei Jahre für seine Geldzahlungen und Sachlieferungen gewährt.** Für dieses Entgegenkommen wird von Deutschland eine **Reihe von Pfändern** verlangt, nämlich die Ausbeutung der Dominialforsten im Rahmen des von der Reparationskommission aufgestellten Holzlieferungsprogramms, ferner die Kontrolle über die Verteilung der Ruhrkohlen durch eine interalliierte Kommission in Gemeinschaft mit dem Kohlensyndikat, die Erhebung einer Steuer auf die geförderte Kohle, deren Ertrag auf 400 bis 500 Millionen Goldmark zu schätzen sei, die Erhebung von Zöllen auf dem linken Rheinufer und die Errichtung von Zollbüreaus beim Ausgang aus dem Ruhrgebiet, endlich die Erhebung eines noch festzustellenden Prozentsatzes von der deutschen Ausfuhr des Rheinlands und des Ruhrgebiets. Die auf diese Weise von den Alliierten eingezogenen Summen würden nur auf Reparationskonto gutgeschrieben, wenn Deutschland seine auf Grund des Moratoriums beschränkten Verpflichtungen in den Geldzahlungen oder Sachlieferungen nicht erfülle und das finanzielle Reformprogramm nicht ausführe, das man von ihm verlangen werde. Deutschland müsse einen Stabilisierungsplan für die Mark unterbreiten, zu dessen Durchführung die Diskontierung von Schatzwechseln durch die Reichsbank eingestellt werden müsse. Ferner müsse eine innere von den deutschen Industriellen garantierte Anleihe aufgelegt werden. Was die geforderte Herabsetzung der deutschen Schuld anbetreffe, so werde die französische Regierung ihre Zustimmung nur geben können, nachdem sie ihrerseits den französischen Anteil an den von Deutschland zu zahlenden 50 Milliarden Goldmark erhalten habe. Die Herabsetzung der deutschen Schuld könne sich nur auf Schatzbonds der Serie C erstrecken und müsse die Annullierung einer entsprechenden Summe der interalliierten Schulden mit sich bringen. Endlich müsse die Emission der internationalen Anleihe beschleunigt werden, um die Bezahlung der deutschen Schuld sicherzustellen.

England mit dem französischen Plan zufrieden!

London, 2. Jan. Der politische Korrespondent der „Daily Mail" berichtet aus Paris: Der französische Plan der Behandlung Deutschlands, der gestern Bonar Law nichtamtlich unterbreitet wurde, schien dem britischen Premierminister weit bessere Hoffnungen auf eine Regelung zu bieten als alles, was bisher französischerseits vorgebracht wurde. Der französische Plan sei gestern nachmittag bei der Zusammenkunft der britischen Delegierten, an der auch Lord Curzon teilnahm, erörtert worden. Der Berichterstatter erklärt, mitteilen zu können, daß die neuen französischen Vorschläge für die Behandlung der deutschen Zölle im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet seitens Englands eine warme Unterstützung finden. Die amtlichen Ratgeber der britischen Regierung seien überzeugt, daß die Zollabgaben ein praktisches und leichtes Mittel bieten, um Geld von Deutschland zu erhalten und daß die alliierten Kommissare beauftragt werden sollen, die Einziehung zu erzwingen. — Auch „Daily Expreß" berichtet aus Paris, daß der französische Plan von der britischen Delegaion geprüft werde und mit beträchtlicher Befriedigung angesehen werde.

Englische Betrachtungen.

London, 2. Jan. Die Blätter widmen den morgen in Paris beginnenden Verhandlungen in der Reparationsfrage und dem Problem der interalliierten Schulden ausführliche Betrachtungen. Es wird hervorgehoben, daß die allgemeine Grundlage der britischen Politik bereits bekannt sei und von der britischen öffentlichen Meinung gebilligt wird. Diese Politik sei in einem Plane niedergelegt, der vielleicht auf der Konferenz zur Erörterung kommen werde. Das Hauptmerkmal der britischen Politik werde, wie der Premierminister bereits mit deutlichen Worten sagte, die Bereitwilligkeit Englands sein, seine Schuldner auf dem Kontinent mit Großmut zu behandeln. Diese Großmut werde, wie die „Times" bemerken, ohne Vorgang in der Geschichte sein, vorausgesetzt, daß die Schuldnerstaaten einer vollständigen und endgültigen Regelung zustimmen werden. Man könne annehmen, daß diese Poltik unter gewissen Bedingungen **auf eine Streichung der alliierten Schulden hinauslaufen werde, falls die Alliierten die deutsche Schuld derart herabsetzen, daß sie innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit liege.** Die „Times" **schreiben weiter: Man kann annehmen, daß der neueste britische**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Plan der deutschen Regierung die Stabilisierung der Mark und die Leistung von Reparationszahlungen ermöglichen wird. Er unterscheidet sich nicht wesentlich von dem umfassenden Plan, den Bradbury der Reparationskommission im Oktober vorschlug. Deutschland muß der Inflation Einhalt tun, indem es sein Budget ausgleicht und die Mark stabilisiert. Zu diesem Zweck braucht es ein Moratorium für Zahlungen aller Art. Es würde aber ungerecht sein, Deutschland während des Moratoriums jede Zahlung zu erlassen. Die Zinsen müßten der Summe des Kapitals während dieser Periode hinzugefügt werden. Unseres Erachtens ist die wesentlichste Bedingung für das Moratorium, daß eine internationale Kontrollkommission ernannt wird, die das Recht zu einer besseren Ueberwachung der deutschen Finanzen habe. Eine solche Kommission zur genauen Ueberwachung der Lage würde imstande sein, mit einiger Sicherheit den Betrag festzusetzen, den Deutschland von Jahr zu Jahr zahlen könnte. Die Kommission soll ferner das Recht haben, das Moratorium aufzuheben, wenn die deutsche Regierung es unterläßt, die Empfehlungen der Kommission dem Geiste und Buchstaben nach auszuführen.

Frankreich mit dem englischen Vorschlag unzufrieden.

Paris, 2. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter der Havasagentur glaubt zu wissen, daß die englische These, wie sie in dem britischen Plan während der heutigen Nachmittagssitzung der Konferenz erläutert wurde, in den französischen Kreisen eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen habe. Die These sei weit entfernt von dem französischen Standpunkt und lasse einen ganz verschiedenen Geist erkennen. Sie komme übrigens zu Ergebnissen, die in Frankreich offenkundig als unbefriedigend angesehen würden. Die britischen Vorschläge hätten außerdem noch das Unangenehme, daß sie in gewissen Punkten mit dem Friedensvertrag von Versailles brächen. Ihre Annahme und ihr Inkrafttreten würde einen verhängnisvollen Einfluß auf die Regelung der Reparationen, wie sie der Friedensvertrag vorsehe, ausüben. Man glaube zu wissen, daß der englische Plan für ein Moratorium von vier Jahren sei. Nach diesen vier Jahren solle Deutschland jährliche Zahlungen im Betrage von 1 bis 3 Milliarden Goldmark leisten. Der Plan fasse außerdem die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Goldmark ins Auge und sehe ein verwickeltes System der Regelung der internationalen Schulden in Kompensation mit den Schatzbonds der Serie C unter der Bedingung vor, daß der britische Anteil an den Reparationszahlungen fast verdoppelt, der französische Anteil aber um ebensoviel herabgesetzt werde.

Amerika wartet wieder einmal ab.

Paris, 2. Jan. Der „New-York Herald" meldet aus Washington, die Regierung sei völlig darauf vorbereitet gewesen, daß die Anregungen Hughes die Reparationsfrage an einen Sachverständigen-Ausschuß zu überweisen, falls die Pariser Konferenz fehlschlüge, in Paris zunächst abgelehnt würde. Man nehme in Washington an, daß Zweck und Grund des amerikanischen Angebots, an der Regelung der Reparationsfrage mitzuarbeiten, mißverstanden worden seien. Aus irgend einem Grunde, den man in amtlichen amerikanischen Kreisen nicht verstehe, nehme Frankreich nach wie vor den Standpunkt ein, daß die Vereinigten Staaten Deutschland in die Karten spielten, obwohl man sich in den Vereinigten Staaten alle Mühe gebe, dem Ausland klar zu machen, daß Amerika ebensoviel daran liege wie den Franzosen selbst, daß Frankreich rasch Bezahlung finde. Gerade deshalb sei man in den Vereinigten Staaten überzeugt, daß die Reparationsentschädigungen herabgeschraubt werden müßten. Nachdem sich nun die amerikanische Regierung über ihren Standpunkt ausgesprochen habe, werde sie keine neuen Schritte zugunsten der Konferenz unternehmen, bis das Ergebnis der Pariser Verhandlungen bekannt sei.

Deutschland ersucht um die Ermächtigung des Vortrags seines Reparationsplans.

Brüssel, 2. Jan. Der deutsche Gesandte Dr. Landsberg suchte den Minister des Aeußern auf, um der belgischen Regierung mitzuteilen, daß **die deutsche Regierung den Reparationsplan in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern des Handels, der Industrie und der Finanz Deutschlands ausarbeite.** Die deutsche Regierung würde bereit sein, den Geldgebern alle ernsthaften Garantien zu geben. Sie ersucht darum, daß Staatssekretär Bergmann ermächtigt werde, diesen Plan auf der Pariser Konferenz auseinanderzusetzen und zu erklären.

Bergmann in Paris.

Paris, 2. Jan. Staatssekretär a. D. Bergmann ist heute nachmittag von Haag kommend in Paris eingetroffen. Für morgen wird Dr. Karl Melchior aus Hamburg in Paris erwartet.

Eine Havaserklärung zu einem Vorschlag des Reichskanzlers.

Paris, 2. Jan. Der Reichskanzler Cuno hat in einer Rede erklärt, daß Deutschland durch eine dritte Macht Frankreich angeboten habe, eine **gegenseitige Verpflichtung zu unterzeichnen, während eines Menschenalters ohne durch eine Abstimmung der an der Rheinzone interessierten Mächte dazu ermächtigt zu sein, keinen Krieg zu führen.** Frankreich habe abgelehnt. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur glaubt zu wissen, daß die dritte Macht, um die es sich handele, Amerika gewesen sei. Er fährt fort: Der deutsche Botschafter in Washington hatte Hughes eine Anregung dieser Art unterbreitet, aber da diese Anregung nicht den Charakter eines durchgearbeiteten Vertrages trug, so glaubte das Staatsdepartement, daß es sie nicht nach Paris weiterleiten solle. Frankreich konnte also auch nicht ablehnen und es muß im übrigen daran erinnert werden, daß der Versailler Vertrag vorsieht, daß im Falle eines Streites ein vollständiges Verfahren zur friedlichen Regelung vor dem Völkerbund zu erfolgen hat. Dieses Verfahren wird mindestens die Sicherheiten bieten wie die von Deutschland angeregten Verpflichtungen zur Vermeidung eines Angriffs. — Der deutsche Reichskanzler hatte diesen Vorschlag anläßlich einer Reparationsrede in Hamburg, über die wir noch berichten werden, bekannt gegeben.

*

Kundgebungen der Rheinländer gegen die französischen Raubpläne.

Bochum, 2. Jan. Eine Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets beschloß am Sonntag, das Ueberarbeitabkommen für den Bergbau, das für die Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. Januar außer Kraft gesetzt war, zum 28. Febr. zu kündigen, da die Ernährungslage der Bergarbeiter immer übler geworden sei. In der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets nahm die Konferenz mit 250 gegen 4 Stimmen eine Entschließung an, in der sie entschieden gegen die von der französischen Regierung angedrohten Maßnahmen Einspruch erhebt, die auf eine Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets hinzielten. Ferner wird in der Entschließung erklärt, daß die deutschen Bergarbeiter den festen Willen haben, im Rahmen des Möglichen an der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen mitzuarbeiten.

Köln, 2. Jan. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, hatte seine am Neujahrstag an das Domkapitel gerichtete Ansprache mit folgenden Worten geschlossen: Laut und feierlich soll schließlich in dieser Stunde wiederholt werden das in unserer aller Herzen lebende deutsche Gelöbnis: Wir, Erzbischof und Klerus von Köln, Stadt und Land, bekennen uns zur unerschütterlichen Treue und zu größter Opferfreudigkeit für unsere Heimat und Bevölkerung. Wir bekennen uns gegen jede Treulosigkeit gegen Staat und Reich. Unsere Heimat ist deutsch und wird deutsch bleiben, mag kommen, was da will.

Die Konferenz in Lausanne.

Die Minderheitenfrage.

Lausanne, 30. Dez. In der Unterkommission für Minderheitsfragen zogen die Engländer angesichts des hartnäckigen Widerstands der Türkei ihren Antrag auf Entsendung eines Völkerbundskommissars nach Konstantinopel zur Ueberwachung des Minderheitsschutzes zurück. Danach würde für die Türkei nur die auch in anderen Minderheitsverträgen festgelegte allgemeine Völkerbundskontrolle gelten. Die Türkei ihrerseits verzichtete auf ihre bisherige Forderung auf volle Gegenseitigkeit in der Behandlung der Minderheitsfrage durch die Balkanstaaten und begünstigt sich mit der Gegenseitigkeit in Griechenland.

Lausanne, 3. Jan. Im Unterausschuß für die Minderheitenfragen einigte man sich gestern über das Familienrecht. Die Türken werden Gebräuche und Sitten der Minderheiten über Eheschluß usw. anerkennen. Ueber die Amnestiefrage konnte wiederum keine Einigung erzielt werden, da die Türken weiterhin die Mohammedaner, die während des Krieges mit den Alliierten zusammengegangen sind, von der Amnestie ausschließen wollen. Die Türken wiesen unter anderem darauf hin, daß die Großmächte selbst heute noch, vier Jahre nach Friedensschluß, die Landesverräter aus dem Krieg gerichtlich verfolgen.

Unnachgiebige Haltung der Türken?

London, 3. Jan. Eine Reutermeldung aus Konstantinopel besagt: Nach aus Angora vorliegenden Nachrichten scheint sich eine starre Haltung der Angoraregierung anzuzeigen. Die Nationalversammlung in Angora hat eine sechsstündige Geheimsitzung abgehalten, in der die Lausanner Verhandlungen erörtert wurden. Die Haltung der Alliierten wurde dabei sehr kritisiert und eine Entschließung angenommen, wonach der nationale Pakt aufrecht erhalten wird. Nach allerdings noch nicht bestätigten Berichten ist Ismed Pascha instruiert worden, auf der unveränderten Aufrechterhaltung des nationalen Paktes zu bestehen und mit den Mächten, die bereit sein würden, die Bestimmungen dieses Paktes zu unterschreiben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

Vermischtes.

Die systematische Bedrängung Danzigs durch Polen.

Danzig, 28. Dezbr. Der Völkerbundskommissar General Haking entschied auf die Forderung der polnischen Regierung auf Einrichtung einer für die Briefsortierung bestimmten Zweigstelle des polnischen Postdienstes in bestimmten Räumen des Danziger Hauptbahnhofs, daß die polnische Postverwaltung nicht das Recht habe, im Danziger Bahnhof eine Briefsortierungsstelle einzurichten und daß diese Arbeit in den Polen bereits für seinen Nachtdienst zugeteilten Gebäuden oder in polnischen Bahnpostwagen durchgeführt werden muß.

Todesurteil gegen den Mörder des polnischen Staatspräsidenten.

Warschau, 1. Jan. Vorgestern fand die Verhandlung gegen den Mörder des Staatspräsidenten Narutowicz, den Maler Biewiadomski, statt. Der Angeklagte erklärte, die Ermordung Pilsudskis geplant zu haben, doch habe er diese Absicht nach dem Rücktritt Pilsudskis aufgegeben. Niewiadomski griff in seiner Verteidigungsrede Pilsudski, den Sozialismus und die Juden an und bezeichnete die Wahl Narutowicz' mit Hilfe der Stimmen der Minderheiten als eine Beschimpfung Polens. Das Gericht verurteilte Niewiadomski zum Tode.

Furchtbares Unwetter in New-York.

Berlin, 30. Dezbr. Nach einem Newyorker Kabeltelegramm der „Vossischen Zeitung" herrscht dort seit einigen Tagen ein furchtbares Unwetter. Mehrere Personen sind bereits getötet und eine große Anzahl verletzt worden. Die Stadt hat infolge des starken Sturmes, der zum Teil den Eisenbahn- und den Schiffahrtsdienst lahmlegte, nur noch für zwei Tage Kohlen.

Deutschland.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Jan. Der Reichspräsident empfing am Neujahrstag die Chefs aller hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen anläßlich des Jahreswechsels. Der apostolische Nuntius, Msgr. Pacelli, hielt als Doyen des diplomatischen Korps eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die im internationalen Leben noch herrschenden Schwierigkeiten dem Wunsche nach Frieden, Bruderliebe und Gerechtigkeit Ausdruck gab. Möge die große Menschenfamilie, so schloß der Nuntius, dem Ziele nahe sein, wonach die Herzen aller Menschen guten Willens streben und den Völkern zusammen mit der Lösung der gegenwärtigen Aufgaben jede Befriedigung und Sicherheit bringen, die ein Unterpfand der Ordnung, der Arbeit, des Gedeihens und des Fortschritts sind. Das sei der aufrichtige Wunsch, den er den Reichspräsidenten bitte, für sich und die deutsche Nation entgegen zu nehmen. — Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes für die dargebrachten Wünsche und versicherte, daß er sie von Herzen erwidere. Der Wunsch nach Frieden, brüderlicher Liebe und Gerechtigkeit sei das tiefste Sehnen auch des deutschen Volkes, das die Hoffnung hege, daß der erhabene Gedanke der Weihnachtskundgebung des Papstes dazu beitragen möge, das Zusammenleben der Völker immer friedlicher und harmonischer zu gestalten. Das deutsche Volk und seine Regierung würden alles tun, damit die noch immer getrennten Völker in wahrem Frieden und in gemeinsamer Arbeit für die der ganzen Welt so notwendige Neugestaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenlebens der Nationen wirkten. Mit der Bitte an die anwesenden Diplomaten, ihren Staatsoberhäuptern seine besten Neujahrswünsche zu übermitteln, schloß der Reichspräsident, der darauf die einzelnen Diplomaten begrüßte und mit ihnen Neujahrswünsche wechselte. Dem Empfang wohnten der Reichskanzler und der Reichsminister des Aeußern v. Rosenberg, sowie Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn bei. Hierauf sprachen die Mitglieder der Reichsregierung, der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre, ferner die Präsidenten des Reichstags und des preußischen Staatsministeriums, sowie die Vertreter des Reichsrats und der Wehrmacht dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche aus.

Amerikanische und eigene Mittel gegen die drohende Unterernährung.

Berlin, 30. Dezbr. Mit Rücksicht auf die zunehmende Nahrungsnot deutscher Kinder beginnt in **Amerika** im Januar ein neuer großer Werbefeldzug für das Hilfswerk in Deutschland. Zur **Weiterführung der Kinderspeisung** im Winter 1922/23 stellte das Central Committee for the Relief of Distreß in Germany and Austria in Newyork aus den gesammelten Mitteln vor kurzem dem deutschen Zentralausschuß für Auslandshilfe erneut 100 000 Dollar zur Verfügung, sodaß der Gesamtbetrag der amerikanischen Spende für die Kinderspeisung im Winter sich auf 350 000 Dollar beläuft. Im **Nachtragsetat des Reichsministeriums für Ernährung** und Landwirtschaft, der die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften gefunden hat, **sind insgesamt 1750 Millionen Mark zu dem gleichen Zweck eingestellt** worden. Mit Hilfe dieser Mittel wird es möglich sein, in den verschiedenen Teilen Deutschlands bis zum 31. März 1923 täglich durchschnittlich 475 000 kleineren und Schulkindern, Jugendlichen, sowie hoffenden und stillenden Müttern nahrhafte Mahlzeiten zu verabreichen und dadurch der drohenden Unterernährung unserer heranwachsenden Jugend entgegenzuwirken.

Unerhörter Zynismus des Landesverräters Dorten.

Berlin, 30. Dezbr. Einer sozialistischen Korrespondenz zufolge hat der rheinische Sonderbündler Dorten in einem Schreiben an die Reichsregierung diese um moralische und materielle Unterstützung seiner Pläne ersucht. Er versicherte, daß sich seine Tätigkeit nicht gegen das Reich richte, sondern nur die Loslösung der Rheinlande von dem habgierigen und raubsüchtigen Preußen bezwecke, eine Tätigkeit, die den Reichsbehörden doch nur sympathisch sein könne. Die Reichsregierung hat selbstverständlich auf dieses Schreiben Dortens nicht geantwortet.

Streik der Berliner Markthändler.

Berlin, 2. Jan. Sämtliche Standinhaber der Zentralmarkthalle sind heute morgen zwischen 5 und 7 Uhr in den Streik getreten. Die Gründe sind in den abermals erhöhten Frachten und den hohen Standmieten zu suchen. Die Polizei traf alle Sicherheitsmaßnahmen gegen eventuelle Ausschreitungen.

Vergiftung der eigenen Kinder.

Frankfurt a. M., 2. Jan. Die drei kleinen Kinder des elsässischen Flüchtlingsehepaares Franz und Maria Gudat im Alter von 9 Monaten bis zu 3 Jahren wurden in der elterlichen Wohnung, Kaffeehausstraße 3, bewußtlos aufgefunden. Zwei Kinder starben unter den Händen der sofort alarmierten Rettungswache, das dritte kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Anfänglich glaubte man an Leuchtgasvergiftung. Die nähere Untersuchung ergab indessen, daß davon keine Rede sein kann. Die Kinder sind an Gift gestorben, das aber noch nicht genau festgestellt ist. Unter dem dringenden Verdacht, ihre Kinder durch Vergiftung beseitigt zu haben, wurden die Eltern sofort von der Kriminalpolizei verhaftet. Wie gemeldet wird, hatte das Ehepaar keine Nahrungssorgen, denn der Mann hatte guten Verdienst.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Januar 1923.

Heimatnot.

Die Sammlung „Heimatnot“ nimmt einen erfreulichen Fortgang. In manchen Bezirken hat sie erst richtig eingesetzt. In Heilbronn und Eßlingen soll sie erst im Januar beginnen. In Stuttgart — genaue Berichte von den Bezirken liegen noch nicht vor — sind bei der Zentralleitung für Wohltätigkeit bis jetzt einschl. des Ertrags der Haus- und Straßensammlung (3 013 295 ℳ) und einschließlich der für die Mittelstandsnothilfe verwilligten Spenden insgesamt 26 256 700 ℳ eingegangen. Für sich betrachtet eine schöne Summe, aber angesichts der gewaltigen Geldentwertung und der großen Not, die zu lindern ist, nicht ausreichend. Erfreulich ist, daß nunmehr doch von allen Gegenden des Landes gemeldet werden kann, daß Beamte, Arbeiter und Angestellte in der Form der Wohlfahrtsstunde die Sammlung „Heimatnot“ unterstützen. In Stuttgart wurden noch vor dem Weihnachtsfest, abgesehen von sonstigen Hilfsmaßnahmen (billiger Speisung, verbilligter ärztlicher Versorgung usw.) aus dem Ertrag der Sammlung „Heimatnot“ Geldgaben im Gesamtbetrag von 1 937 280 ℳ verteilt.

Kaninchenausstellung.

Man schreibt uns: Am 6. und 7. Januar findet in der Turnhalle in Calw eine große Kaninchenausstellung statt, die von den Kaninchenzuchtvereinen des Nagoldgaues veranstaltet wird. Dank der Rührigkeit des Gauvorstandes und der übrigen Vereine ist es gelungen, die Vorbereitungen so zu treffen, daß die Ausstellung nicht nur möglichst umfangreich sein, sondern auch erstklassige Tiere aufweisen wird. Angesichts der heutigen hohen Fleisch- und Fellpreise lohnt sich die Kaninchenzucht recht gut, und die Kaninchenzüchtervereine zeigen das Bestreben, das Kaninchen als Volksernährungsmittel zu züchten. Namentlich auf dem Lande fehlt das Interesse für diese Zucht immer noch sehr, und es ist deshalb zu wünschen, daß die Ausstellung recht viele Besucher anzieht, die zweifellos wertvolle Anregungen mit nach Hause nehmen werden.

Die Verwendung der Zuckerrüben.

Auf die Kleine Anfrage des Abg. Stetter (Komm.) betr. Verwendung von Zuckerrüben hat der Ernährungsminister folgende Antwort erteilt: Ein gesetzliches Verbot, Zuckerrüben zu anderen Zwecken als zur Zuckerherstellung zu verwenden, besteht bis jetzt nicht. Wie schon seither, werden auch heuer Zuckerrüben von Pferde- und Viehhaltern nicht selten zu Fütterungszwecken verwendet. Nach den angestellten Erhebungen haben auch einzelne Bierbrauereibesitzer neben anderen Rüben Zuckerrüben, übrigens in verhältnismäßig unbedeutendem Umfang, zu den üblichen Marktpreisen aufgekauft und eingelagert. Diese Rüben sollen teils zur Durchhaltung des Pferdebestandes mitverwendet werden, teils werden sie im Betrieb verarbeitet und getrocknet, um dann in dieser Form ebenfalls als Futtermittel oder zu Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln und ähnlichem verwendet zu werden. Dagegen haben sich irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß Zuckerrüben zu Brau- oder Brennzwecken in den Bierbrauereibetrieben verwendet werden, bis jetzt nicht ergeben. Eine Verwertung der Rüben zur Bierbereitung scheint schon um deswillen ausgeschlossen, weil in Württemberg das sogen. Reinheitsprinzip für die Bierherstellung gilt, also nur Hopfen und Malz verwendet werden dürfen. Bei den hohen Preisen, die den Rübenpflanzern bei Ablieferung ihrer Rüben an die Zuckerfabriken bezahlt werden, ist übrigens die Gefahr gering, daß die ordentliche Zuckerversorgung durch sonstige Verwendung der Zuckerrüben wesentlich beeinträchtigt werden könnte. Die württ. Regierung wird gleichwohl der Sache ihre weitere Aufmerksamkeit zuwenden und, wenn Anlaß gegeben sein sollte, dafür eintreten, daß seitens des Reichs, dessen Zuständigkeit allein in Frage kommt, die Verwendung von Zuckerrüben zu anderen Zwecken als zur Zuckerherstellung eingeschränkt oder verboten wird.

Der Bezugspreis auch unseres Blattes mußte infolge dauernder Steigerung sämtlicher Herstellungskosten in einer Weise erhöht werden, daß mancher treue Leser unseres Blattes aus wirtschaftlichen Gründen den Bezug des Blattes aufgeben mußte. Davon ausgehend, daß es heute mehr denn je notwendig ist, daß jeder Deutsche sich eine unabhängige, von nationalem Empfinden getragene Zeitung hält, wurden uns von verschiedener Seite in dankenswerter Weise Geldmittel zur Verfügung gestellt, die es uns ermöglichen, zunächst einer beschränkten Anzahl bedürftiger Leser unser Blatt im Monat Januar gratis zuzustellen. Für den Bezug dieser Freiexemplare kommen nur Personen in Betracht, die von jeder Erwerbsmöglichkeit ausgeschlossen sind.

Anmeldungen für kostenlose Zustellung des Blattes können auf unserer Geschäftsstelle schriftlich oder mündlich gemacht werden.

Weitere Geldspenden für obige Zwecke nehmen wir jederzeit gerne entgegen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Die Verstaatlichung der Polizei.

Am 27. Dez. sind drei Verordnungen des Staatsministeriums zur Ausführung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 16. Dezbr. 1921 ergangen. Die erste bestimmt, daß das Polizeiverwaltungsgesetz für Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen und Friedrichshafen am 1. Januar 1923 in Kraft trete. Die zweite Verordnung beschäftigte sich mit der Uebernahme von Zweigen der Ortspolizei in die Verwaltung des Staates. Nach ihr werden in den Gemeinden, in denen die Sicherheits- und Kriminalpolizei durch staatliche Polizeiämter verwaltet wird, auch sämtliche übrigen Zweige der Ortspolizei in die Verwaltung des Staates übernommen, soweit nicht in der Verordnung selbst etwas anderes bestimmt wird. In der Verwaltung der Gemeinden verbleiben folgende Zweige der Ortspolizei: Armenpolizei, Baupolizei, Feld- und Forstpolizei einschl. Fischerei-, Jagd- und Vogelschutz, Feuerpolizei und Feuerlöschwesen, Impf-, Schularzt- und Hebammenwesen, Leichenschau- und Begräbniswesen, Markungspolizei, Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Straßenpolizei hinsichtlich der Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen einschl. der Müllabfuhr, Wasserpolizei und Wohnungspolizei, ferner von der Gewerbepolizei die Regelung der Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Orte durch Wagen aller Art, sowie des Gewerbebetriebs der Personen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ihre Dienste anbieten, die Marktpolizei und die Erlassung von Preisvorschriften. Die dritte Verordnung regelt die Landeskriminalpolizei.

Beschränkung des Fastnachtsbetriebs.

Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern betr. Fastnachtslustbarkeiten ist der Fastnachtsbetrieb auch für 1923 auf Wirtschaftsräumlichkeiten beschränkt. Von der Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie in Anbetracht des Ernstes der Zeit und der wachsenden Not weiter Volkskreise von der Beteiligung an Fastnachtsfeiern weitgehend Abstand nimmt. Polizeistundverlängerung wird sparsam und keinesfalls über 2 Uhr hinaus gewährt werden. Für Tanzende werden die neuen, wesentlich erhöhten Sätze des Sporteltarifs zur Anwendung kommen.

Zunahme der Werbungen für die Fremdenlegion.

Die Werbungen zur Fremdenlegion nehmen überhand. Jüngere Angestellte und Arbeiter sind auch abseits der Grenzgebiete dauernd der Gefahr ausgesetzt, unter irgend einem Vorwande von französischen Werbern und deren deutschen Agenten über die Westgrenze gelockt und dort der Fremdenlegion zugeführt zu werden. Der Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes wies seine Ortsverbände an, durch unablässige Aufklärung in den Mitgliederzusammenkünften, Betrieben und gewerblichen Schulen die jungen Leute und deren Eltern aufzuklären und zu warnen, damit nicht zu der allgemeinen nationalen Not noch ein weiterer Verlust an deutschen Menschen tritt.

Belegen von Plätzen in den Zügen.

Zur Vermeidung von Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden wegen der Belegung der Sitzplätze dienen folgende Anhaltspunkte: Zur Kennzeichnung der belegten Plätze in den D-Zügen, besonders auf der Ausgangsstation solcher Züge, für die Platzkarten im Voraus ausgegeben werden, sind in erster Linie die an den Abteiltüren angebrachten Nummernschilder bestimmt. Die Reisenden können sich hier vor dem Betreten der Abteile über die Belegung der Plätze an dem Nummernschilde unterrichten. Nach den Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung verliert der Reisende, der seinen Platz verläßt, ohne ihn zu belegen, den Anspruch darauf. Es empfiehlt sich daher, beim vorübergehenden Verlassen des Platzes diesen in leicht erkennbarer Weise zu belegen. Das Belegen des Platzes mit Zeitungen und Zeitschriften oder die Unterbringung von Gegenständen im Gepäcknetz über einem bestimmten Sitzplatz wird nicht als ausreichend angesehen.

Millionenstiftungen.

(SCB.) **Schwenningen**, 28. Dezbr. Dem Oberbürgermeister sind am Hl. Abend zwei größere Stiftungen übergeben worden. Von Geh. Kommerzienrat Kienzle und Frau 2 Millionen Mark, die unter der Bezeichnung Jakob und Agathe Kienzle-Stiftung unter Aufsicht des Gemeinderats verwaltet und woraus die Zinsen an hiesige arme Mittelstandsangehörige, notorisch und verschämte Arme ohne Rücksicht auf die Religionsangehörigkeit verteilt werden sollen. Zur sofortigen Verteilung hat Geheimrat Kienzle den ev. Stadtpfarrern zusammen 75 000 ℳ, dem katholischen Stadtpfarrer 25 000 ℳ übergeben. — Die Firma Friedr. Mauthe hat gleichzeitig im Namen der Familien Dr. Mauthe, Dr. Etter und Eugen Schreiber 3 Millionen Mark für soziale Zwecke einschl. Heimatnot übergeben.

Streik der Viehhändler.

(SCB) **Ravensburg**, 2. Jan. Die Viehhändlervereinigung Oberschwabens erläßt folgenden Aufruf: Laut einstimmigem Beschluß der Vollversammlung am 31. Dezember in Stuttgart geben wir sämtlichen Kollegen bekannt, daß, solange die Verfügung vom 9. Dezember seitens des Ernährungsministeriums nicht zurückgenommen wird, der Handel mit Rindvieh jeder Art mit sofortiger Wirkung eingestellt ist. Hierzu ist zu bemerken, daß auch die württ. Viehverwertung in gleicher Weise ihr Geschäft eingestellt hat. Es ist somit jeder württembergische Viehhändler verpflichtet, sich dem Beschlusse zu fügen.

*

Gedenket der Heimatnot-Spende.

---

34)

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Erhard fuhr fort: „Da draußen in der Welt hat's nicht an Gelegenheiten gefehlt, dich zu vergessen, und wenn ich zurückdenke, so hab' ich just keine Ursache, dir ein strenger Richter zu sein; aber der bittere Nachgeschmack, den ich von solchen Versuchen hatte, führte mich nur um so stärker zu dir zurück, und ich konnte so wenig von dir lassen, daß ich mir endlich fest einbildete, du habest mich bloß auf einige Zeit in die Fremde schicken wollen, damit ich entweder geschlachter werde oder so viel erwerbe, um meinen Kopf aufrecht tragen zu können, und du wartest getreulich, bis ich wiederkomme. Freilich, je länger diese Zeit sich ausdehnte, desto schwerer wurde es mir, und als ich mich endlich auf den Weg machte, sank mir mit jedem Schritte, den ich näher kam, das Herz immer mehr; ich spottete mich aus und wollte wieder umkehren; aber es zog mich mit Gewalt; ich wollte dich wenigstens noch einmal sehen, auch wenn ein anderer dich heimgeführt hätte“.

„Dafür ist gesorgt gewesen“, versetzte sie schmerzlich lächelnd. „Weder du noch ein anderer“.

„Justine!“ rief er.

„Bedenk' doch nur“, sagte sie, „daß einer zwischen uns steht, der ganz in der Nähe lebt. Für den Augenblick hörst du bloß auf deinen Edelmut, aber auf die Länge kannst du nicht über den Balken wegkommen, den du jetzt nicht sehen willst“.

„Ei was, wir gehen in die weite Welt!“ rief er. „Anderswo ist auch gut leben. Aber halt! du sagst ja, dein Kind sei am Leben. Wo ist es denn? Und alles ist vor der Welt verborgen geblieben, sagst du? Freilich, ich hab' ja selber nichts davon gemerkt. Aber wie ist das möglich gewesen? Es ist mir doch noch vieles unklar. Warum bist du denn so unvorsichtig gewesen, das Verlöbnis geheim zu halten? Warum hast du deine Rechte nicht geltend gemacht? Mit dem Ring allein hättest du ihn ja geschlagen“.

„Es ist eben alles Lug und Trug gewesen“, erwiderte sie. „Er hat mir vorgespiegelt, er habe Verwandte, die er einmal erben werde und denen man die Sache langsam beibringen müsse, weil sie beim Heiraten aufs Geld sehen. Und der Ring dann, der ist so falsch gewesen wie sein Herz und sein Eid“.

„Da hast du freilich recht wie ein Kind gehandelt“, bemerkte er.

„Jawohl“, sagte sie, „aber gerade dadurch, daß er mich nicht wie ein Kind behandelt hat, hat er mich überlistet. Gleich vom ersten Augenblick an hat er eine Art gegen mich angenommen wie gegen eine Erwachsene, und wie wenn ich mehr wäre als er; dann hat er bei jeder Gelegenheit davon geredet, wie er ein großes Geschäft einrichten wolle, wozu er eine geschickte Frau brauche, und dergleichen. Sieh, Erhard, ich will mich nicht besser machen, als ich bin. Sein Betragen hat mir eben geschmeichelt, denn der Mensch will etwas gelten; und noch mehr hat mir's geschmeichelt, daß ich aus einer armen Magd eine angesehene Frau im Städtle werden soll, und hab' immer dran denken müssen, wie du aufgucken werdest, wenn du sehest, daß ich doch noch zu etwas zu brauchen sei. Ich hab' gemeint, ich sei dir zu schlecht, denn du bist immer kälter und herber gegen mich geworden“.

„Aus Eifersucht“, versetzte er. „Fürwahr, ich hätt's nicht besser einrichten können, um dem Schurken Gewalt über dich einzuräumen“.

Justine sagte: „Die Mutter hat die Hauptschuld.“

„Wie?“ rief er, „seine Mutter hat um das Verlöbnis gewußt?“

„Ich bin bei ihr in der Visit' gewesen“, erwiderte sie.

„Du warst als Braut bei ihr?“ rief er.

„Ich war Braut und war's nicht“, erwiderte sie, sich nach und nach seine gewandtere Redeweise aneignend. „Das heißt, es war schon zu einem stillen Einverständnis zwischen uns gekommen; aber mit Worten war die Brautschaft noch nicht ausgesprochen. Da — erinnerst du dich noch des Eierlesens an selbigem Ostermontag? Der Frühling war so schön und alles so vergnügt, ich hab' nie so viel Menschen auf dem Schloßplatz gesehen“.

„Jawohl“, antwortete er. „Wir drei wurden ausgewählt, als Leser, Leserin und Läufer. Man wollte mich zum Leser machen, aber ich übernahm lieber den Lauf und überließ das Lesen und die Leserin schnöderweise meinem Nebenbuhler“.

„Ich weiß noch recht gut, wie weh mir das getan hat“, versetzte sie, „denn ich hab's trotz deiner Ausrede als eine öffentliche Verschmähung ansehen müssen“.

„Ich hab' mich eben nicht zwischen euch drängen wollen“, entgegnete er. „Auch hoffte ich in meiner Bosheit, er werde als Leser eher den kürzeren ziehen“.

„Da hast du dich aber verrechnet“, sagte sie. „In solcherlei Dingen hat's ihm nicht an Geschicklichkeit gefehlt. Auch warf er mir die Eier der Reihe nach auf seine zehn Schritt weit, ohne zu fehlen, in den Spreuerkorb, den ich ihm nachzutragen hatte. Dennoch hätte jedermann darauf gewettet, ein flinker Bursch' wie du müsse Sieger bleiben, und alles war verwundert, daß der Läufer, der doch ein wenig im Vorteil ist, diesmal zu spät kam“.

„Das ging mit ganz natürlichen Dingen zu“, erwiderte Erhard. „Wie ich durch den Wald nach dem Heidenschlößchen hinlief, um ein Ei an das verfallene Tor zu schleudern, zum Zeichen, daß ich dagewesen sei, blieb ich unterwegs in Gedanken stehen; denn jedesmal, wenn ich nicht bei dir war, mußte ich an dich denken, zum Ersatz für das, woran ich's in deiner Gegenwart fehlen ließ. Darüber verspätete ich mich, und bis ich zurückkam, waren die Eier alle vom Boden in den Korb gelesen, und den Preisrichtern war die Mühe erspart, an meinem Ziele nachzusehen“.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(SCB) **Hirschau** OA. Rottenburg, 2. Jan. Als der 20jährige Mauer Johann Werz aus einem alten Vorderlader einen steckengebliebenen Schuß entfernen wollte, entlud sich die Ladung und, durch den Mund geschossen, fiel Werz tot zu Boden. Der Verunglückte war der Aelteste von 8 Kindern und bildete die einzige Stütze seiner Mutter.

(SCB) **Reutlingen**, 30. Dezbr. Eine Hausfrau stellte die Bettflasche ungeöffnet auf den Gasherd, wurde aus der Küche weggerufen und hatte die Bettflasche vergessen. In dem Augenblick, als sie das Gas abdrehen wollte, erfolgte die Explosion. Die Bettflasche wurde in Stücke zerrissen und mit mächtigem Knall an die Decke geschleudert, während der Gasherd nach der Explosion nur noch aus Splittern bestand. Die Frau kann von Glück sagen, daß sie mit dem Schrecken, einer Beule am Kopfe und mit einem blauen Auge davongekommen ist.

(SCB.) **Stuttgart**, 31. Dez. Während die Straßenbahnen Ende Juli noch einen Ueberschuß von 7,9 Mill. Mark erzielten, beträgt das **Defizit im Dezember 36 Millionen Mark.** Angesichts dieser Tatsache erklärt die Direktion der Straßenbahnen, daß ihr die Fortführung des Betriebs nur noch für kurze Zeit möglich sei, wenn die Stadt nicht Zuschüsse gewähre. Der Oberbürgermeister schlug daher dem Gemeinderat vor, den Straßenbahnen ein Darlehen von 30 Millionen Mark zu gewähren. Die bürgerlichen Parteien gaben daraufhin eine Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage seien, einer Darlehens- oder Zuschußleistung seitens der Stadt an die Straßenbahngesellschaft zuzustimmen, da die Gesellschaft noch nicht alle finanziellen Hilfsquellen ausgeschöpft habe und durch organisatorische Maßnahmen ihre Ausgaben bedeutend verringern könne. Der Vorsitzende stellte fest, daß in diesem Falle die Gefahr drohe, den Straßenbahnbetrieb einstellen zu müssen. Der Gemeinderat vertagte deshalb die Beratung über die Darlehensgewährung.

(SCB) **Metzingen**, 2. Jan. In der Nacht auf Sonntag wurde im Schieferwerk außer sonstigen Geräten eine sechspferdige Dynamomaschine entwendet. Die Maschine im Wert von 600 000 M fand sich im Keller eines Riedericher Bewohners vergraben vor.

(SCB) **Heilbronn**, 2. Jan. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden vom Vorsitzenden Aufschlüsse über die Bevölkerungsziffer Heilbronns und ihre Gestaltung im Jahre 1922 gegeben. Seit 15. Dezember 1921 beträgt die Zahl der Geburten 880 (i. V. 998), der Sterbefälle 753 (i. V. 692; der Geburtenüberschuß beträgt somit 127 gegen 306 im Jahre 1921.

(SCB.) **Ellwangen**, 28. Dezbr. Ein „Glücklicher" der hiesigen Stadt konnte es sich leisten, auf die Feiertage ein stattliches Schwein zu schlachten. Er dachte dabei aber auch an die Armen. Das halbe Schwein verschenkte er an dürftige und würdige Arme.

(SCB) **Ulm**, 2. Jan. Bei einem Hotelier in Neu-Ulm soll nachts ein Fremder geklopft und um Quartier gebeten haben. Als der Hotelier vom Fenster aus dem Fremden bedeutete, daß kein Platz mehr vorhanden sei, hat der Fremde scharf geschossen und den Hotelier schwer verletzt. Der Fremde verschwand im Dunkel der Nacht.

(SCB.) **Vom Bodensee**, 28. Dezbr. Vorletzten Samstag hatte eine Frau aus St. Gallen bei ihrem Besuche der Nachbarstadt Konstanz in einem Lebensmittelgeschäft eine feiste Gans gesehen und wurde dabei so „glustig", daß sie das gerupfte Federvieh zur Herstellung eines feinen Weihnachtsbratens kaufte. Aber das Ausfuhrverbot?! Kurz entschlossen ging die Frau in ein verschwiegenes Kämmerlein und band dort den künftigen Weihnachtsbraten unter den Kleidern um den Leib. Bei der Paßrevision hieß es aber: „Gehns mal 'nein!" und das Schicksal erfüllte sich: Die Gans wurde der guten Frau abgenommen und dieser obendrein noch eine Buße von 75 000 M aufgesalzen. Für dieses „Sündengeld" hätte die St. Gallerin daheim mehr als ein solches Schnabeltier kaufen können.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 7280 M, der Schweizer Franken auf 1383 M.

Ernteertrag der Hauptfeldfrüchte in Württemberg.

Nach der zu Anfang November durch die Saatenstandsberichterstatter vorgenommenen Ertragsermittlung der Ernte 1922 bleiben die Hektarerträge in Getreide fast durchweg sehr erheblich hinter denjenigen der vorläufigen Schätzung zu Anfang August ds. Js. zurück. Auch gegenüber dem 10jährigen Mittel ergibt sich, daß die Hektarerträge durchweg erheblich zurückstehen, und zwar am wenigsten in Winterroggen (um 15 %), der heuer noch verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat, am stärksten in Winterdinkel (um 33 %) und Winterweizen (um 40). Die Gesamternte in den fünf Getreidearten (Weizen, Dinkel, Roggen, Sommergerste, Haber) berechnet sich nach der endgültigen Ertragsermittlung zu 7 547 604 Ztr. gegen 12 174 448 Ztr. im zehnjährigen Durchschnitt, das ergibt eine Minderernte um 4 626 844 Zentner = 38 % oder nahezu vier Zehntel. In Kartoffeln war heuer noch zu Anfang September eine reiche Ernte, ja vielerorts sogar eine Rekordernte zu erwarten. Durch die ungünstige Herbstwitterung ist aber der Ertrag, da viele Kartoffeln verfault sind, stark beeinträchtigt worden und auch die Güte der Kartoffeln hat, besonders in schweren, undurchlässigen Böden, stark gelitten. Nach der endgültigen Ertragsermittlung berechnet sich im Landesdurchschnitt der Hektarertrag zu 221,4 Ztr., das ist etwas weniger als nach der vorläufigen Schätzung zu Anfang Oktober (231,3 Ztr.), dagegen etwas mehr als das 10jährige Mittel (219,6 Zentner). Dagegen bleibt der Gesamtertrag mit 17 417 719 Ztr hinter dem Gesamtertrag im 10jährigen Mittel mit 18 935 835 Zentner um 1 518 116 Ztr. = 8 % infolge geringerer Anbaufläche (im Mittel 1912—21 86 249 Hektar, im Jahre 1922 78 660 Hekt.) zurück. Der Prozentsatz der erkrankten Kartoffeln mit 15 % ist heuer ein so großer, wie es, seit einschlägige Nachweisungen vorliegen, kaum jemals dagewesen ist. In Zuckerrüben übertrifft der heuer erzielte Hektarertrag (540,5 Ztr.) das 8jährige Mittel (511,4 Ztr.) und die Gesamternte mit 3 249 600 Ztr. stellt sich beträchtlich (um 18 %) höher als im Mittel (1 911 216 Ztr.), eine Folge der größeren Anbaufläche (im Mittel 1912—21 3738 Hektar, 1922 6012 Hektar). In Futterrüben (Angersen) stellt sich der heurige Hektarertrag (577,5 Ztr.) gegen das zehnjährige Mittel (560,8 Ztr.) etwas (um 3 %) höher. Bei der feuchten Witterung im Spätsommer und Herbst konnte ein wesentlich besserer Ertrag erwartet werden; jedoch war es im Spätherbst zu kalt, weshalb das Wachstum nicht mehr so wie erhofft weiterging. Der Gesamtertrag mit 19 374 457 Ztr übertrifft das 10jährige Mittel mit 16 040 407 Ztr. um 28 %, also um mehr als ein Viertel infolge wesentlich erhöhter Anbaufläche (im Mittel 1912—21 28 606 Hektar, 1922 33 549 Hektar). Auch für die Futtergewächse war der Verlauf der heurigen Spätsommer- und Herbstwitterung unheilvoll. Schon die Heuernte hatte nicht ganz befriedigt; die Qualität des gewonnenen Heus war zwar gut, aber die Menge ließ zu wünschen übrig. Mit dem zweiten Futterschnitt verhielt es sich gerade umgekehrt; er ließ einen reichen Ertrag erwarten aber für die Einheimsung des Futters war die fortgesetzt feuchte Witterung im Spätsommer und Herbst so ungünstig wie nur möglich und ein beträchtlicher Teil des zweiten Futterschnitts konnte nur in verdorbenem und für die Verfütterung nicht mehr brauchbarem Zustande eingebracht werden oder mußte auf den Wiesen und Feldern zurückgelassen werden. Alle Schnitte zusammengenommen erreicht in Luzerne der Hektarertrag (116,5 Ztr.) annähernd das 10jährige Mittel (119,8 Ztr.), in Wiesen bleibt der heurige Hektarertrag (88,1 Ztr.) beträchtlich (um 15 %) unter dem 10jährigen Mittel (103,4 Ztr.), und um ebenso viel (15,6 %) steht der Hektarertrag in Klee (96,4 Ztr.) unter dem 10jährigen Mittel (114,2 Ztr.) zurück. Der Gesamtertrag an Futter (Wiesen, Klee, Luzerne) berechnet sich zu 44 622 480 Ztr. gegen 49 374 685 Ztr. im 10jährigen Mittel, das ergibt für heuer ein Weniger von 4 752 205 Ztr. = 9,6 % oder nahezu ein Zehntel.

Märkte.

(SCB) **Munderkingen**, 30. Dezbr. (Pferde- und Viehmarkt.) Dem Jahrmarkt waren zugeführt: 26 Pferde, 44 Farren, 49 Ochsen, 56 Kühe, 86 Kalbeln, 71 Rinder, 5 Mutter- und 5 Läuferschweine und 575 Ferkel. Verkauft wurden 6 Pferde um 100—600 000 M, 25 Farren um 115—500 000 M, 9 Ochsen je um 155—640 000 M, 9 Kühe um 100—320 000 M, 40 Kalbeln um 270—850 000 Mark, 31 Rinder um 155—500 000 M, 3 Mutterschweine um 120—160 000 M, 5 Läufer um 30—40 000 M, 560 Ferkel um 8—24 000 M, je das Stück.

Nürtingen, 30. Dezbr. Dem Schweinemarkt waren 6 Läufer- und 59 Milchschweine zugetrieben. Läufer galten 35—59 000 M, Ferkel 17—25 000 M das Stück.

(SCB) **Reutlingen**, 2. Jan. Die Fruchtschranne notierte am Samstag folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 20,32 Ztr.) 17—20 000 M, Gerste (34,75) 13 500—15 5000, Haber (60 91) 10 200—13 500 M, Unterländer Dinkel (5,64) 16—16 100 M, Roggen (1,46) 14 000 M, Linsen (2,50) 22 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitmann Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw

Stadtgemeinde Calw.

Bekanntmachung.

Die heuer wieder fällige

allgemeine Nacheichung der Meßgeräte

des öffentlichen Verkehrs (Längenmaße, Flüssigkeitsmaße, Trockenhohlmaße, Wagen und Gewichte) wird vom 5. Januar 1923 ab im Eichamt vorgenommen.

Nacheichpflichtig sind die Meßgeräte, welche das Jahreszeichen 1921 oder ein früheres Jahreszeichen tragen. Auch die Meßgeräte der Landwirte, welche nach Maß oder Gewicht verkaufen, sind nacheichpflichtig.

Die Meßgeräte sind in gut gereinigtem Zustand rechtzeitig zur Nacheichung vorzulegen. Die Eichgebühren sind nach gesetzlicher Vorschrift bei der Abfertigung der Meßgeräte sogleich zu bezahlen.

Meßgeräte, die an Ort und Stelle nachgeeicht werden müssen, z. B. Viehwagen, Petroleumapparate und dergleichen, sind dem Eichbeamten bei Beginn des Eichgeschäfts anzuzeigen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine unvermutete polizeiliche Prüfung der Meßgeräte stattfinden wird und daß das Auffinden nicht nachgeeichter Meßgeräte neben Bestrafung unter Umständen auch die Einziehung solcher Meßgeräte zur Folge haben kann.

Der genaue Termin zur Vorlegung der Meßgeräte wird jedem Beteiligten besonders bekannt gegeben.

Calw, den 30. Dezember 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw, den 2. Januar 1923.

Trauer-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Schwiegervater

Jakob Sattler †

nach kurzem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr.

Wand-Kalender für das Jahr 1923

zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bad Liebenzell, 2. Januar 1923.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir d. überaus schmerzliche Nachricht, daß uns liebes Kind

Walter †

im Alter von 3 Jahren unerwartet schnell verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie
Theodor Siebler.

Beerdigung Donnerstag mittags 2 Uhr.

Altmetalle.

Altblei	400 M.
Zink	550 „
Messing	750 „
Kupfer	1000 „
Zinn	2000 „
Lumpen	60 „
Alteisen	50 „
Zeitungen, Druckstampf u. Bücher	70 „
per Kilo.	
Weinflaschen	50 „
Bordeauxflaschen	40 „
Sektflaschen	30 „
per Stück.	

Mehlsäcke sowie auch andere, ferner Felle all. Art werd. angekauft bei

Rosdzial & Hertz, Pforzheim
Klostermühlgasse 6, Fernsprecher 2681.

Vergebung von Vorlagsteinen.

Zur Umpflasterung der Badstraße und teilweisen Neupflasterung der Bischoffstraße benötigt die Stadtgemeinde

ca. 350 cbm. Ia. Kalksteine

als Vorlagsteine. Nähere Unterlagen sind auf dem Stadtbauamt einzusehen. Offerten wollen verschlossen bis Mittwoch, den 10. ds., abends 6 Uhr, ebendaselbst abgegeben werden. Die Eröffnung erfolgt zu demselben Zeitpunkt, die Bieter können zugegen sein.

Stadtbauamt: Herbolzheimer.

Gechingen.

Die hiesige Gemeinde verkauft einen schweren erstklassigen

Schlacht-Farren.

Nur schriftliche Angebote nach Zentner Lebendgewicht sind bis spätestens Freitag, den 5. Januar 1923, nachmittags 3 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen.

Den 2. Januar 1923.

Schultheißenamt: Schmidt.

Lagerplatz mit Schuppen zu mieten gesucht, evtl. auch zu kaufen.
Angebote unter J. D. 2 an die Geschäftsst. ds. Bl.

K. V.
Morgen Donnerstag
Zusammenkunft
im „Bürgerstüble".

Versuchen Sie Ihr Glück
und **Sie gewinnen** bis zu
25 Millionen Mark
in der mit Ziehung der 1. Klasse am
9. und 10. Januar 1923
beginnenden
Staatlichen Klassen-Lotterie.

Lospreis	1/8	1/4	1/2	1/1
für 1. Klasse	je 75.-	150.-	300.-	600.-
„ 2.-4. „	je 100.-	200.-	400.-	800.-
für alle Klassen	je 375.-	750.-	1500.-	3000.-

Zustellungsgebühr extra.

Gottwick
Württbg. Lotterie-Einnehmer **Stuttgart**
Königsbau, Postscheckkonto 8110 Stuttgart.

Bez.-Handels- u. Gewerbeverein Calw.

Wohltätigkeits-Veranstaltung
zu Gunsten der Heimatnot
mit Theater-Aufführungen u. Gesangs-Vorträgen
unter gütiger Mitwirkung des Liederkranzes und Cäcilienvereins Calw.
Freitag, den 5. Januar 1923, abends 7½ Uhr, im „Badischen Hof".
Zur Aufführung kommen:
Schneewittchen, Waldhüters Weihnacht. Krippenspiel
Eintrittskarten im Vorverkauf Buchhandlung Kirchherr von Donnerstag ab und an der Abendkasse.
Freitag Nachmittag 2 Uhr für Kinder und Auswärtige. Kinder zu halben Preisen. 1. Platz (numm.) 60 Mk., 2. Platz 50 Mk., 3. Platz 40 Mk.

Große Kaninchen-Ausstellung
Die
Kaninchenzüchtervereine des Nagoldgaues
veranstalten **am 6. und 7. Januar 1923, in der städtischen Turnhalle in Calw eine große**

Gau-Ausstellung
zu deren Besuch freundlichst eingeladen wird.
Der Ausschuß.

Erstklassig, fabrikneue
Schreibmaschinen
Adler, Stoewer-Rekord, :: Ideal, Continental, :: :: Mercedes, Triumph, :: Erika, Senta u. s. w.
sofort lieferbar
Louis Schleh, Freudenstadt,
Fernsprecher Nr. 27.

Rauchkasten, Vormaischbottiche, Leimöfen, fertigen als Spezialität
Gebr. Dongus, Deckenpfronn.